

PERSONALFRAGEBOGEN

Verwaltungs-/Vertretungsbeauftragte

Lichtbild
aus neuerer Zeit

Angaben zur Person

(bitte Zutreffendes ankreuzen oder ausfüllen)

Name, (ggf. Geburtsname und Namen aus früherer Ehe), Vornamen (Rufnamen unterstreichen)

Geb. am	in	Kreis	Land	Staatsangehörigkeit

<input type="checkbox"/> ledig	<input type="checkbox"/> verheiratet	<input type="checkbox"/> getrennt lebend	<input type="checkbox"/> geschieden	<input type="checkbox"/> verwitwet
Vor- und Zuname der Kinder:			geb. am:	

Wohnungsanschrift (ggf. weitere Wohnsitze angeben):	Telefon:
	E-Mail:

Schulbildung und beruflicher Werdegang

(Bitte beglaubigte Nachweise der Abschlüsse und der Berufstätigkeiten einreichen)

a.) Schul-, Fachschul-, Hochschulbildung

Art der Schule	von (TT.MM.JJ)	bis (TT.MM.JJ)	Art des Abschlusses/der Prüfung

b.) Berufliche Ausbildung

Art der Berufsausbildung	von (TT.MM.JJ)	bis (TT.MM.JJ)	Art des Abschlusses/der Prüfung

Bisherige berufliche Tätigkeiten einschl. beruflicher Lehrgänge
(in zeitlicher Reihenfolge, bitte auch Berufstätigkeiten außerhalb des öffentlichen Dienstes angeben, Zeiten ohne Berufstätigkeit sowie Zeiten als stud./wiss. Hilfskraft)

von – bis (TT.MM.JJ)	Arbeitgeber- Dienststelle/Ort	Art der Tätigkeit ggf. Entgeltgruppe	wö./mtl. Arbeitszeit	Grund der Verän- derung

Sonstige Angaben

Sind Sie schwerbehindert, erwerbsgemindert oder den schwerbehinderten Menschen gleichgestellt?

nein ja (bitte beglaubigte Fotokopie, des Schwerbehindertenausweises bzw. des Bescheides über die Gleichstellung der Agentur für Arbeit beifügen)

Bemerkungen:
(z. B. Nebentätigkeiten und etwaige Vergütungen)

Ich versichere, dass die Angaben richtig und vollständig sind.

Ort, Datum

Unterschrift

Angaben nur von Geschiedenen

Meinem früheren Ehegatten/Lebenspartner bin ich zur Unterhaltsleistung verpflichtet	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Wenn ja: Höhe der lfd. Zahlung aufgrund d. Unterhaltsverpflichtung <input type="checkbox"/> EUR mtl.	Bitte Nachweis beifügen! (z. B. Unterhaltsurteil, gerichtlicher oder notarieller Vergleich, Vertrag)	

Angaben nur von Geschiedenen und Wiederverheirateten mit Kindern

Mein geschiedener Ehegatte/ Lebenspartner ist wiederverheiratet	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Der Ehegatte meines geschiedenen Ehegatten ist im öffentlichen Dienst ¹ beschäftigt bzw. erhält Versorgungsbezüge ²	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Wenn ja: Dienststelle (Anschrift, Empfänger-Nr., Geschäftszeichen oder ähnliches angeben)		

Angaben nur von Ledigen bzw. Geschiedenen bei Aufnahme einer anderen Person in der Wohnung

<input type="checkbox"/> Folgende andere Person (hierzu gehören auch eigene eheliche oder nichteheliche Kinder) habe ich nicht nur vorübergehend in meine Wohnung aufgenommen und ihr Unterhalt gewährt, weil ich gesetzlich oder sittlich dazu verpflichtet bin oder aus beruflichen oder gesundheitlichen Gründen ihrer Hilfe bedarf. (Kinder gelten auch dann als in die Wohnung aufgenommen, wenn sie auf Ihre Kosten anderweitig untergebracht sind, ohne dass dadurch die häusliche Gemeinschaft mit Ihnen aufgehoben ist.) <i>Bitte Nachweise beifügen! (z. B. Unterhaltsurteil, gerichtl. oder notarieller Vergleich, Vertrag und Haushaltsbescheinigung der Gemeinde)</i>				
Name, Vorname, Geburtsdatum	Begründung für die Aufnahme in die Wohnung und die Unterhaltsgewährung	Mittel für den Unterhalt der aufgenommenen Person: ⁵ Art und Höhe monatl. <input type="checkbox"/> EUR		
<u>Nur ausfüllen, wenn Kinder anderweitig untergebracht sind !</u>				
Name, Vorname, Geburtsdatum	Kosten der Unterbringung <i>(Bitte Nachweis beifügen)</i>		Besuche des Kindes in meiner Wohnung monatl. durchschnittlich	Voraussichtliche Beendigung der anderweitigen Unterbringung
	insgesamt monatl. <input type="checkbox"/> EUR	von mir zu übernehmen monatl. <input type="checkbox"/> EUR		
Das Sorgerecht für das Kind/die Kinder <input type="checkbox"/> habe ich <input type="checkbox"/> hatte ich bis zum <input type="checkbox"/> hat folgende – nachstehend aufgeführte Person				
Name, Vorname, Anschrift der Person, die das Sorgerecht hat				
In der von mir bewohnten Wohnung wohnt außerdem				
<input type="checkbox"/> keine weitere Person, die im öffentlichen Dienst oder bei einem gleichstehenden Arbeitgeber beschäftigt ist.				
<input type="checkbox"/> folgende Person, die im öffentlichen Dienst oder bei einem gleichstehenden Arbeitgeber beschäftigt ist und erhöhten Ortszuschlag bzw. Anwärterverheiratetenzuschlag wegen der Aufnahme einer Person und Unterhaltsgewährung				
<input type="checkbox"/> erhält/beantragt hat <input type="checkbox"/> nicht erhält/nicht beantragt hat				
Name, Vorname der anderen Person				
Dienststelle/Arbeitgeber der anderen Person				

Zusätzliche Bemerkungen:

Ich versichere, dass die vorstehenden Angaben vollständig und richtig sind. Ich weiß, dass ich verpflichtet bin, der Bezügestelle/Familienkasse jede Änderung, die auf den Anspruch auf Kindergeld Besitzstandszulage Kind/Familienzuschlag, Verheiratetenzuschlag Einfluss haben könnten, unverzüglich anzuzeigen und Überzahlungen, die durch die Verletzung der Anzeigepflicht oder falsche Angaben eintreten, zurückzahlen muss.

Datum	Unterschrift
--------------	---------------------

Erläuterungen

Dieser Vordruck dient zur Prüfung Ihres Anspruchs auf Kindergeld, Besitzstandszulage Kind/Familienzuschlag bzw. Anwärterverheiratenzuschlag. Bitte füllen Sie den Vordruck sorgfältig aus. Wenn Sie die geforderten Angaben aus Unkenntnis der Sachlage nicht machen können oder vorzulegende Nachweise nicht haben und nicht beschaffen können, vermerken Sie dies bitte unter Angabe der Gründe bei „Zusätzliche Bemerkungen“.

Für Rückfragen steht Ihnen Ihre Bezügestelle/Familienkasse zur Verfügung.

Zu 1

Der **öffentliche Dienst** umfasst neben Bund, Ländern, Gemeinden, Landkreisen, sonstigen Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts auch die Tätigkeit bei organisatorisch selbständigen kirchlichen Einrichtungen (z. B. kirchlichen Schulen, Hochschulen, Krankenhäusern, Kindergärten, Altenheimen) und die Tätigkeit bei privaten Arbeitgebern, wenn diese familienbezogene Bestandteile der Vergütung entsprechend den Regelungen des öffentlichen Dienstes gewähren und die öffentliche Hand finanziell an ihnen beteiligt ist. Dem öffentlichen Dienst gleichgestellt ist die Tätigkeit im Dienst einer zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung, an der die öffentliche Hand beteiligt ist.

Zu 2

Eine **Versorgung nach beamtenrechtlichen Grundsätzen** erhält der Ehegatte, wenn ihm aufgrund einer Tätigkeit im öffentlichen Dienst Versorgungsbezüge nach den Vorschriften des Beamtenversorgungsgesetzes (NBeamtVG) oder entsprechender Vorschrift gewährt werden; hierzu gehören auch der Unterhaltsbeitrag nach § 42 NBeamtVG, das Übergangsgeld nach § 53 NBeamtVG sowie die Übergangsgebühren nach § 11 Soldatenversorgungsgesetz (SVG) und Ausgleichsbezüge nach § 11a SVG. Im übrigen liegt eine Versorgung nach beamtenrechtlichen Grundsätzen vor, wenn dem Ehegatten für eine Tätigkeit im öffentlichen Dienst insbesonde-

re durch Tarifvertrag, Dienstordnung, Statut oder Einzelvertrag eine vom Dienstherrn oder Arbeitgeber zugesicherte lebenslängliche Versorgung, z. B. wegen Dienstunfähigkeit oder Erreichens der Altersgrenze oder als Hinterbliebenenversorgung auf der Grundlage des Arbeitsentgelts und der Dauer der Dienstzeit, gewährt wird. Eine Rente aus der zusätzlichen Alters- und Hinterbliebenenversorgung (z. B. von der VBL) ist keine Versorgung nach beamtenrechtlichen Grundsätzen in diesem Sinne.

Zu 3

Dem **Kindergeld vergleichbare Leistungen** sind:

- Kinderzulagen aus der gesetzlichen Unfallversicherung oder Kinderzuschüsse aus den gesetzlichen Rentenversicherungen.
- Leistungen für Kinder, die im Ausland gewährt werden und dem Kindergeld oder den vorstehend genannten Leistungen vergleichbar sind.
- Leistungen für Kinder, die von einer zwischen- oder überstaatlichen Einrichtung gewährt werden und dem Kindergeld vergleichbar sind.

Zu 4

Die Angaben über den **geschiedenen Ehegatten/Lebenspartner** sind nur erforderlich, wenn

- Sie gegenüber Ihrem Ehegatten/Lebenspartner zum Unterhalt verpflichtet sind oder
- Kinder aus der Ehe hervorgegangen sind.

Zu 5

Mittel für den Unterhalt der aufgenommenen Person sind:

- Unterhaltsleistungen aller Art von anderer Seite, auch öffentliche Leistungen,
- alle laufenden (auch steuerfreien) Einnahmen der aufgenommenen Person (z. B. Ausbildungsvergütungen, Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz, Einnahmen aus Vermögen, Renten).

Angaben für die Entgeltfestsetzung Verwaltungs- Vertretungsbeauftragte

Name, Vorname:

(auch Geburtsname und Namen aus früherer Ehe)

Geburtstag: Geburtsort:

Familienstand: Staatsangehörigkeit:

Anschrift:

Telefon: E-Mail:

Kinder, für die Kindergeld beansprucht wird

1) geb. am: 3) geb. am:

2) geb. am: 4) geb. am:

Kindergeldbezieher:

bisherige Kindergeldzahlende Stelle.:

Kindergeld-Nr./Az:

Name der Bank/Sparkasse:

Konto-Nr.: Bankleitzahl:

Bei ausländischer Bankverbindung SWIFT/BIC:

Name der Krankenkasse:

Mitgliedsbescheinigung: liegt an wird nachgereicht

Versicherungs-Nr. in der Sozialversicherung:

(Kopie des Sozialversicherungsausweises ist beifügt)

Bezieher von Rente oder Versorgungsbezügen: ja nein

Art der Rente/Versorgungsbezüge und zahlende Stelle:

Steuer-Identifikationsnummer:

Bestehen weitere gleichzeitige Beschäftigungen nein ja (bitte Nachweis beifügen)

Bei einer Vorbeschäftigung im lfd. Kalenderjahr: Die Lohnsteuerbescheinigung zur Durchführung des internen Lohnsteuerausgleichs ist beigefügt.

Ich versichere, dass meine Angaben vollständig und richtig sind.

Mir ist bekannt, dass ich verpflichtet bin, jede Änderung in den vorstehend dargelegten Verhältnissen der Personalabteilung der Zentralverwaltung der Universität, Goßlerstr. 5/7, 37073 Göttingen, sofort anzuzeigen.

Göttingen, den

.....

(Unterschrift)

ERKLÄRUNG

Vorname:

Nachname:

Geburtsdatum:

Geburtsort:

Ich versichere, dass ich nicht gerichtlich oder disziplinarisch bestraft bin.

Folgende Strafverfahren oder Ermittlungsverfahren sind gegen mich eingeleitet worden:

gerichtliche Verfahren oder Ermittlungsverfahren (Verkehrsstrafen/-verfahren sind auch aufzuführen):

(Gericht/Staatsanwaltschaft/Polizei, Aktenzeichen angeben)

disziplinarische Verfahren

(Behörde, Aktenzeichen angeben)

Folgende Strafen wurden gegen mich verhängt:

gerichtliche Strafen:

(Höhe der Strafe, Datum des Urteils, Aktenzeichen, Gericht angeben)

Disziplinarstrafen

(Behörde, Aktenzeichen angeben)

Gleichzeitig erkläre ich hiermit, dass ich in geordneten wirtschaftlichen Verhältnissen lebe.

Mir ist bekannt, dass eine Ernennung zur Beamtin / zum Beamten bzw. meine Einstellung rückgängig zu machen ist, wenn sie durch arglistige Täuschung, insbesondere durch wahrheitswidrige oder unvollständige Angaben über Bestrafungen oder schwerere Verfahren herbeigeführt wurde.

Ich versichere die Richtigkeit der vorstehenden Angaben.

.....

(Datum)

.....

(Unterschrift)

ERKLÄRUNG

Ich versichere, dass ich

- nicht schwerbehindert
 - schwerbehindert gemäß § 1 SchwbG
 - einem Schwerbehinderten gleichgestellt (§ 2 SchwbG) bin.
- Minderung der Erwerbsfähigkeit v.H.

Beglaubigte Fotokopie des Anerkennungsbescheides habe ich beigefügt.

.....
(Ort, Datum)

.....
(Unterschrift)